

3.20 Österreich

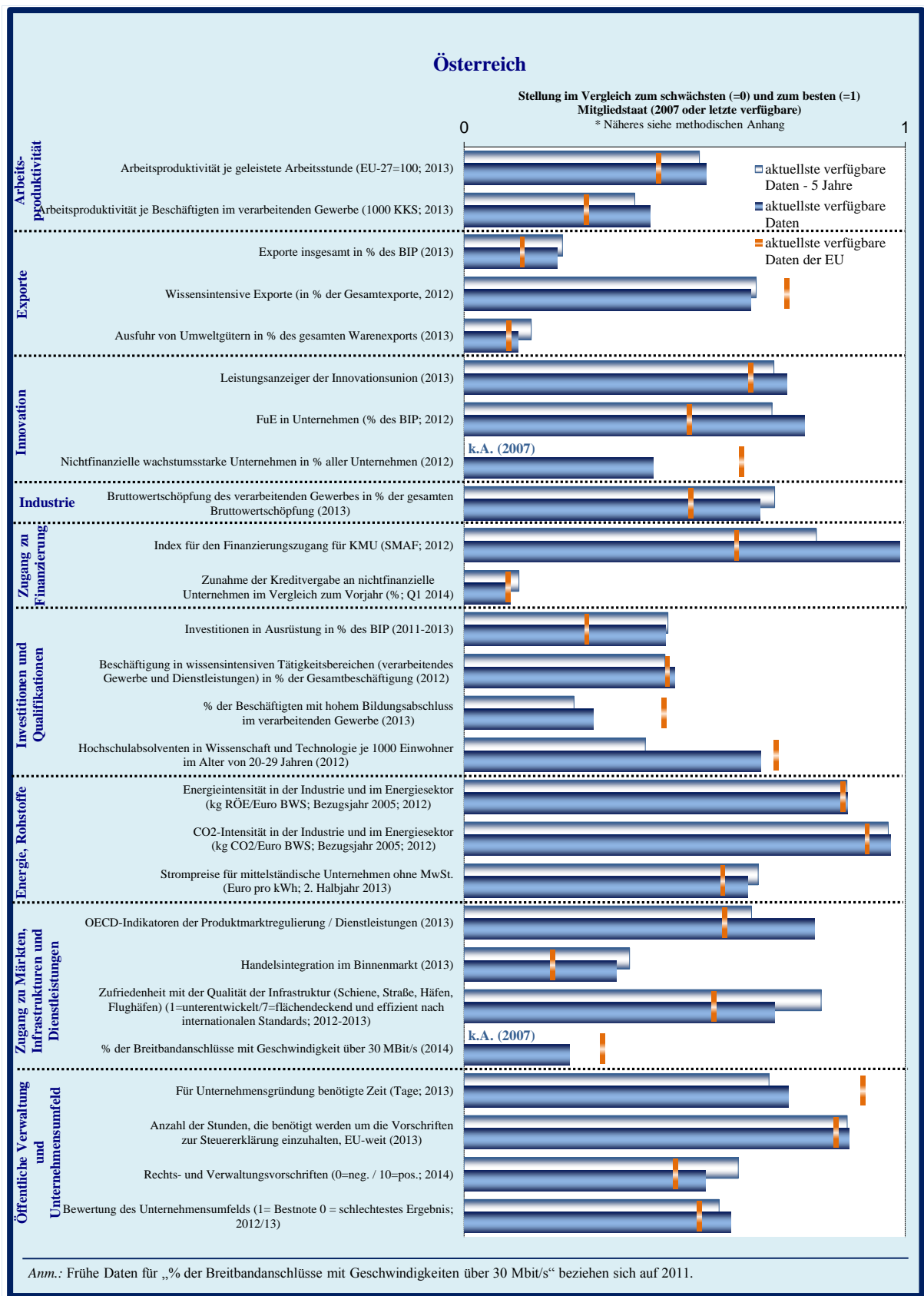
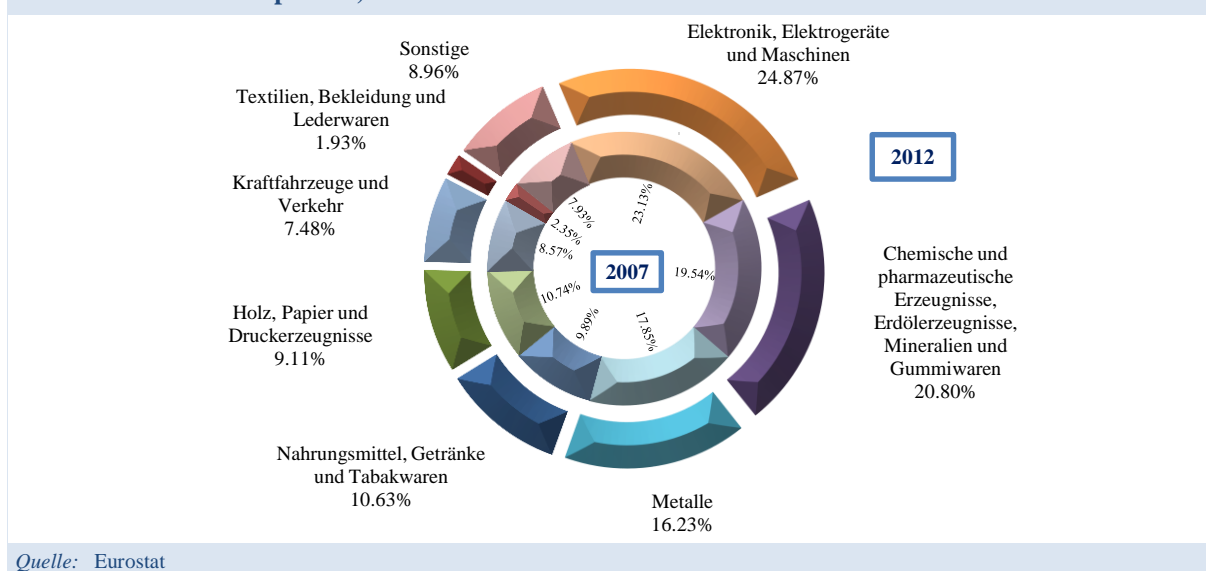


Abbildung 3.20.1: Sektoren des verarbeitenden Gewerbes (Bruttowertschöpfung zu Grundpreisen) - Österreich



3.20.1 Einleitung und Leistung

Nachdem die Wirtschaft Österreichs im Allgemeinen und das verarbeitende Gewerbe im Besonderen die Krisenjahre gut überstanden haben, waren sie 2013 mit einem von Unsicherheit gekennzeichneten Umfeld konfrontiert, dessen Ergebnis eine zögerliche Auslands- und eine stagnierende Inlandsnachfrage war. Das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich weiter auf 0,3 %, wobei das verarbeitende Gewerbe den größten Beitrag dazu leistete (Realwachstum von 1,3 %). Dieses Wachstum wurde durch ein stabiles Wachstum der Arbeitsproduktivität ermöglicht (reales BIP je geleisteter Stunde: plus 1,1 %). Auch die Exporte wuchsen 2013 real um 2,7 %, wodurch der stagnierende Inlandsverbrauch mehr als ausgeglichen wurde. Der Anteil der Ausfuhren von wissensintensiven Gütern liegt noch immer leicht über dem (gewichteten) EU-Mittelwert (25,5 % des BIP im Vergleich zu 23,6%), jedoch ist der Trend nicht nur positiv, da die Zahl in den vergangenen Jahren für Österreich rückläufig war, für die EU insgesamt aber anstieg.

Das verarbeitende Gewerbe hat an der Gesamtwertschöpfung des Landes einen Anteil von 18,3 %, während der Mittelwert in der EU 15,1 % erreicht. Bezieht man die Bauwirtschaft mit ein, beträgt der Anteil über 25 % und liegt somit ebenfalls über dem EU-Mittelwert. In der Aufteilung der Sektoren des verarbeitenden Gewerbes hat es in den

vergangenen Jahren keine großen Veränderungen gegeben.

3.20.2 Zugang zu Finanzmitteln und Investition

Zugang zu Finanzmitteln

Um die meisten Aspekte, die den Zugang zu Finanzmitteln betreffen, ist es in Österreich weiterhin besser bestellt als im EU-Mittelwert. Ein relativ breit gefächertes und stabiles Bankensystem ermöglicht ausreichende Fremdfinanzierung für Unternehmen im derzeitigen Marktumfeld. Dies gilt auch für KMU, die jedoch weiterhin von Einschränkungen bei der Verfügbarkeit von Darlehen und der Bereitstellung von Sicherheiten berichten. Obwohl es keine Kreditkrise gibt, ist daher weiterhin die Frage offen, wie österreichische Unternehmen in der Lage sein sollen, zu Wachstum und Beschäftigung beizutragen, wenn der wirtschaftliche Aufschwung an Fahrt aufnimmt und mehr Darlehen benötigt werden.

In diesem Zusammenhang ist als positiv zu vermerken, dass sich die Unternehmen immer weniger auf Fremdfinanzierung verlassen. Maßnahmen, die 2013 ergriffen und für 2014 vorbereitet wurden, wie etwa eine bessere Unterstützung von Neugründungen und erste (obgleich beschränkte) Verbesserungen des Rechtsrahmens zur Förderung des Crowdfunding, helfen Unternehmen, ihre Eigenkapitalbasis zu

stärken. Ob KMU und besonders Neugründungen jedoch künftig Fortschritte erzielen, hängt von stärkeren Anreizen für Investoren, einem besseren Zugang der KMU zu den Finanzmärkten und einer wirksameren Unterstützung durch den Staat ab. Teile des Finanzbereichs bleiben weiter in ihrer Entwicklung zurück und die größte Herausforderung ist es nach wie vor, weitere Alternativen zu Bankdarlehen auszuarbeiten. Neben dem Mangel an Risikokapital besteht der größte Engpass hier bei kleinen Beteiligungs- und Mezzanin-Finanzierungen. Daher ist es notwendig, sich auf begleitende Maßnahmen zu konzentrieren, die auf eine Verbesserung des Rechtsrahmens für neue Formen der Finanzierung (Crowdfunding) und einen ganzheitlichen Ansatz bei der besseren Abstimmung von Angebot und Nachfrage im Bereich Risikofinanzierung abzielen. Der 2013 eingeführte Online-KMU-Bonitätsrechner⁽¹⁾ ist ein innovatives Instrument für KMU, die Finanzierungen benötigen. Mit ihm können KMU ein ungefähres Bild ihrer derzeitigen Kreditwürdigkeit erhalten.

Investitionen

Die gesamten Bruttoanlageinvestitionen sind in Österreich 2013 effektiv um 0,7 % gesunken.⁽²⁾ Bei den Investitionsarten gab es erhebliche Unterschiede. Während die Investitionen in Gebäude effektiv um 1,2 % stiegen, lag die Nachfrage nach Maschinen (effektiv -3,2 %) und Transportausrüstung (effektiv -3,8 %) weit unter dem Niveau von 2012.

3.20.3 Innovation und Qualifikation

Innovation

Die Gesamtaufwendungen für FuE in Österreich gehören zu den höchsten in der EU (Rang 5), und die FuE-Intensität liegt bei 2,84 % des BIP (2012). Damit haben sie in den vergangenen zehn Jahren vergleichsweise stark zugenommen. Trotz anhaltender Verbesserungen⁽³⁾ sind die Innovationsergebnisse und die damit verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen schwächer als die der „Innovationsführer“ in Europa.⁽⁴⁾ Einer der dafür

verantwortlichen strukturellen Faktoren ist die steigende, aber immer noch vergleichsweise niedrige Quote der tertiären Bildungsabschlüsse (27 % im Jahr 2013 im Vergleich zu einem EU-Mittelwert von 36,6 %, ohne ISCED 4a⁽⁵⁾). Werden die ISCED 4a-Abschlüsse, hauptsächlich an Höheren Technischen Lehranstalten, einbezogen, so ist dieser Unterschied weniger ausgeprägt. Darüber hinaus werden mit einem gut funktionierenden, dualen Bildungssystem qualifizierte Arbeitskräfte ausgebildet, die sich rasch auf ein innovatives Umfeld einstellen können. Obwohl die FuE-Intensität der Unternehmen auch über dem EU-Mittelwert liegt, bleibt die Neugründungs- und Wachstumsdynamik innovativer Unternehmen (mit einem Anteil an Arbeitnehmern in schnell wachsenden Unternehmen von 4 % im Jahr 2010) unter dem EU-Mittelwert (6 %).

Die Leitungsstruktur des Forschungs- und Innovationssystems ist unter der neuen Bundesregierung durch die Zusammenfassung der Ressorts Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft in einem Ministerium gestrafft worden. Das bedeutet, dass sich eine Einrichtung mit allen Phasen von Forschung und Innovation – von den Grundlagen bis zur Marktnähe – befasst.

Durch eine Änderung des Bundesvergabegesetzes 2013 wurde Innovation als ein sekundäres Kriterium in öffentlichen Ausschreibungen eingeführt. Innerhalb der Bundesbeschaffungsgesellschaft wurde ein spezieller Dienst eingerichtet, der Informationen, Weiterbildung und Foren zum Informationsaustausch mit anderen, für die Förderung von Innovation, Forschung und Technologie verantwortlichen öffentlichen Einrichtungen, Aufträge vergebenden Behörden und potenziellen Bietern anbietet.

Innerhalb seines sehr differenzierten Systems von Forschungs- und Innovationsförderungsprogrammen besitzt Österreich zwei besonders erfolgreiche Instrumente zur Unterstützung der

einbezogen werden (siehe z. B. Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht 2014).

(5) Die Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED) ist ein von der UNESCO entwickeltes Klassifizierungssystem, das es erleichtern soll, Statistiken und Indikatoren des Bildungsstands der Bevölkerung anhand von einheitlichen und international vereinbarten Definitionen länderübergreifend zu vergleichen. Damit wird Bildung in die sechs Ausbildungsstufen untergliedert, von der Vorschule bis zur zweiten Stufe der tertiären Hochschulbildung (z. B. Dokortitel).

(1) <http://kmu-bonitaet.wkoratgeber.at/>

(2) Statistik Österreich.

(3) Indikator für die Innovationsleistung.

(4) Leistungsanzeiger der Innovationsunion. Die Lücke zwischen den Innovationsführern und Österreich ist kleiner, wenn die strukturellen Effekte, die sich aus seiner geografischen Lage und seiner Sektorstruktur ergeben,

Forschungszusammenarbeit und Kofinanzierung von Industrie und öffentlichen Forschungseinrichtungen: die Competence Centers for Excellent Technologies (COMET) und die Christian Doppler Labors. Beide nutzen öffentliche Forschungsinfrastruktur für die Zusammenarbeit im Bereich der Grundlagen- und der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung. Ein 2013 angelaufenes, mit 20 Mio. EUR dotiertes Finanzierungsprogramm fördert die Entwicklung von Prototypen im Rahmen von Projekten, bei denen österreichische staatliche Universitäten und Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten. Es schafft Anreize zur Gründung strategischer Partnerschaften im Rahmen von regionalen und thematischen Wissenstransferzentren.

Die Markt.Start-Maßnahme bietet Darlehen von bis zu 1 Mio. EUR für neue Produkte, die im Rahmen öffentlich finanzierter ⁽⁶⁾ Forschungsprogramme entwickelt werden.

Qualifikationslücken

Der Anteil der Hochschulstudenten und -absolventen in den Fächern Mathematik, Ingenieurwesen und naturwissenschaftlichen Studiengängen im Alter zwischen 25 und 34 hat in den vergangenen Jahren zugenommen, dennoch sehen Unternehmen und Forschungseinrichtungen einen möglichen Qualifikationsengpass.

Das Bildungssystem Österreichs hat weiterhin Schwächen, die den optimalen Aufbau und die Nutzung der verfügbaren Qualifikationen, insbesondere von Frauen und Bürgern und Bürgerinnen mit Migrationshintergrund, einschränken. Dies wird durch neue Studien der OECD und die weiterhin hohen Abbruchquoten der Hochschulen belegt. ⁽⁷⁾

Im Sinne der Förderung des lebenslangen Lernens besteht seit einer Änderung des Arbeitsrechts im Jahr 2013 die Möglichkeit, Teilzeit zu arbeiten, um an beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen zu können.

Die „Rot-Weiß-Rot-Karte“, ein System zur Lenkung der nachfrageorientierten Zuwanderung von Arbeitskräften, hilft weiterhin dabei, einige Lücken in

Branchen mit Engpässen zu schließen. Diese Branchen werden jährlich in einer Verordnung festgelegt. 2013 wurden beinahe 2000 Karten ausgestellt, so dass ihre Gesamtzahl seit Einführung des Systems im Jahr 2011 rund 4600 erreicht hat. Rund 480 Karten wurden an Absolventen österreichischer Hochschulen aus Drittländern vergeben. Nur rund 17 % dieser Absolventen bleiben in Österreich, obwohl 31 % von ihnen angeben, bleiben zu wollen. ⁽⁸⁾ Zur Förderung der Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen wurden 2013 auf regionaler Ebene kostenlose Beratungsdienste zu Anerkennungsverfahren eingeführt. Das Interesse daran war beachtlich.

3.20.4 Energie, Rohstoffe und Nachhaltigkeit

Energieverbrauch und -preise

Österreich setzt die Entwicklung und Umsetzung seiner ehrgeizigen Politik in den Bereichen Energie und Nachhaltigkeit fort. Wie auch auf EU-Ebene besteht die Herausforderung darin, negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu verhindern. Die Energiestrategie Österreichs (2010) ist ein strategisches Grundsatzdokument mit Vorgaben und Zielen für erneuerbare Energie, Energieeffizienz und -sicherheit. Rund 70 % der in der Strategie formulierten Maßnahmen sind derzeit teilweise oder vollständig umgesetzt. Hinsichtlich der Energie- und CO₂-Intensität hat die österreichische Wirtschaft seit 2005 im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten durchweg gut abgeschnitten.

Förderprogramme zur Wärmedämmung in Wohnhäusern und Industriegebäuden sind weiterhin erfolgreiche Finanzierungsinstrumente auf Bundes- und Länderebene. Das Bundesinstrument ist mit einem Jahresbudget von 100 Mio. EUR über mehrere Jahre ausgestattet, die Instrumente auf Länderebene zusammen mit einem durchschnittlichen Jahresbudget von 2,6 Mrd. EUR. Die insgesamt damit erzielte Energieeinsparung wird auf 3700 TJ geschätzt. Österreich ist auf einem guten Weg, sein Ziel zu erreichen, 34 % des Endenergieverbrauchs aus

⁽⁶⁾ Durch die Forschungsförderungsgesellschaft.

⁽⁷⁾ Zur weiteren Analyse siehe Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen „Bewertung des nationalen Reformprogramms und des Stabilitätsprogramms 2014 von Österreich“.

⁽⁸⁾ OECD (2011) International Migration Outlook 2011 gestützt auf Institut für höhere Studien (2010): „Internationale Studierende – Zusatzbericht der Studierenden-Sozialerhebung 2009“.

erneuerbaren Quellen zu decken. Maßgeblich für diese Fortschritte sind zum Teil die starke Nutzung von Biomasse, das traditionell große Potenzial und die starke Nutzung der Wasserkraft sowie die Auswirkungen des Ökostromgesetzes von 2012.

Die Energiepreise für die Industrie sind leicht gestiegen, bleiben aber unter der EU-weiten Preisentwicklung der letzten Jahre. 2013 zahlten mittlere Unternehmen 11,1 Cent pro kWh, in den fünf Jahren zuvor nur 10,7 Cent.⁽⁹⁾ Diese Steigerung ist zum Teil durch die Subventionen für Ökostrom von rund 360 Mio. EUR im Jahr 2012 – rund 17 % mehr als 2011 – zu erklären, die zum Großteil von der Industrie getragen werden. Diese Entwicklung wird teilweise durch sinkende Marktpreise vor Steuern verursacht.

Ressourceneffizienz

Obwohl sich Österreich derzeit auf einem guten Weg befindet, sein Energieeffizienzziel, den Energieendverbrauch auf dem Niveau von 2005 (1118 PJ) zu halten, soll diese Zahl Prognosen zufolge bis 2020 auf 1162 PJ ansteigen.⁽¹⁰⁾ Weitere Anstrengungen sind daher wohl noch erforderlich. Bei den Treibhausgasemissionen in Nicht-ETS-Wirtschaftszweigen scheint sich eine positive Entwicklung abzuzeichnen, da sie im Vergleich zum Ausgangswert von 2005 um 12 % (2011) gesunken sind. Dies könnte jedoch teilweise auch auf das mäßige Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre zurückzuführen sein. Ein Energieeffizienzgesetz wurde kürzlich verabschiedet. Es beinhaltet eine Kombination verschiedenster Maßnahmen, wie die Verpflichtung für Energielieferanten, Energieeffizienzmaßnahmen für Endverbraucher einzurichten, Strafmaßnahmen, wenn Energieeffizienzvorgaben nicht erreicht werden, eine Vorgabe für die Renovierung und den Energiebedarf öffentlicher Gebäude, die Verpflichtung zu Energieaudits und Energiemanagementsystemen für große Unternehmen und Qualitätsstandards für Energiedienstleister.

Andere Nachhaltigkeitsfragen

Die Kraftfahrzeugzulassungssteuer wurde im Frühjahr 2014 geändert, und es wurden mehr Anreize

geschaffen, Fahrzeuge mit geringem CO₂-Ausstoß zu nutzen. Außerdem wurden damit schrittweise die Steuern für Fahrzeuge mit hohen Emissionen erhöht. Des Weiteren wurde die motorbezogene Versicherungssteuer reformiert, indem der Steuerbetrag von der Motorleistung abhängig gemacht wird. Dadurch wurden Anreize geschaffen, schwächere Motoren zu nutzen.

Eine vorläufige Evaluierung des Aktionsplans von 2010 zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung zeigt, dass Nachhaltigkeitskriterien im Vergleich zu 2008 stärker ins Bewusstsein rücken und vermehrt bei der öffentlichen Auftragsvergabe auf allen Regierungsebenen Anwendung finden. Die Kehrseite ist jedoch die steigende Komplexität der Vergabeverfahren. Da mehr Kriterien zu berücksichtigen sind (siehe auch obigen Abschnitt zur innovativen Beschaffung), steigt der Verwaltungsaufwand.

3.20.5 Zugang zu Märkten, Infrastrukturen und Dienstleistungen

Internationalisierung

Die Initiative „go-international“ wurde 2003 ins Leben gerufen und hat seitdem exportinteressierte österreichische Unternehmen dabei unterstützt, auf internationalen Märkten Fuß zu fassen. Die Unternehmen erhalten Informationen, Betreuung und Beratung sowie finanzielle Zuschüsse für Markteintrittskosten wie Veranstaltungen, Messen und Marktsondierungsreisen. Die Anzahl der exportierenden Unternehmen hat sich seit Beginn der Initiative mehr als verdoppelt.

Die zwei kürzlich von der Wirtschaftskammer durchgeführten Projekte Webshopoffensive und Websitecheck sollen die Entwicklung des elektronischen Handels als Möglichkeit des Zugangs zu neuen Märkten unterstützen und professionalisieren.

Infrastruktur

Es wurden wichtige Investitionen zur Verbesserung der österreichischen Eisenbahninfrastruktur (teilweise kofinanziert durch die EU) insbesondere entlang des TEN-V-Netzes, getätigt. Dazu gehören der Bau des Semmering- und des Koralmtunnels entlang des baltisch-adriatischen Korridors und der Ausbau des

⁽⁹⁾ Quelle: Eurostat; Preise ohne MwSt. und erstattungsfähige Steuern und Abgaben.

⁽¹⁰⁾ Quelle: Referenzszenario „EU-Trends in Energie, Verkehr und THG-Emissionen bis 2050“.

grenzüberschreitenden Streckenabschnitts zwischen Wien und Bratislava sowie von Teilen des Rhein-Donau-Korridors. Mit weiteren Bemühungen zur Förderung des Wettbewerbs könnte zusätzlicher Nutzen aus der schon vorhandenen hochwertigen Infrastruktur gezogen werden. ⁽¹¹⁾

Unternehmensdienstleistungen und netzgebundene Wirtschaftszweige

In der Dienstleistungsbranche besteht in Österreich noch Potenzial für eine weitere Förderung des Wettbewerbs durch den Abbau von Hindernissen bei den Zugangs- und Ausübungserfordernissen. Insbesondere die Bedingungen bezüglich der Rechtsform, der Kapitalbeteiligung und der beruflichen Qualifikationen erschweren die Gründung interdisziplinärer Gesellschaften erheblich. Zwar kündigte sowohl die frühere als auch die jetzige Regierung an, Abhilfe schaffen zu wollen, konkrete Maßnahmen wurden bisher aber noch nicht ergriffen. ⁽¹²⁾

3.20.6 Öffentliche Verwaltung und Unternehmensumfeld

Öffentliche Verwaltung

Die Qualität der öffentlichen Verwaltung Österreichs schneidet weiterhin bei einer Vielzahl der Indikatoren, einschließlich des Weltbank-Indikators „Leistungsfähigkeit des Staates“ oder der „Empfindung der Last durch staatliche Regulierung“ des Weltwirtschaftsforums, gut ab.

Das E-Government-Angebot wird weiter entwickelt und etabliert, insbesondere durch das Vorreiterprojekt „Unternehmensserviceportal“. Die 20 derzeit

⁽¹¹⁾ Zur weiteren Analyse siehe Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen „Bewertung des nationalen Reformprogramms und des Stabilitätsprogramms 2014 von Österreich“.

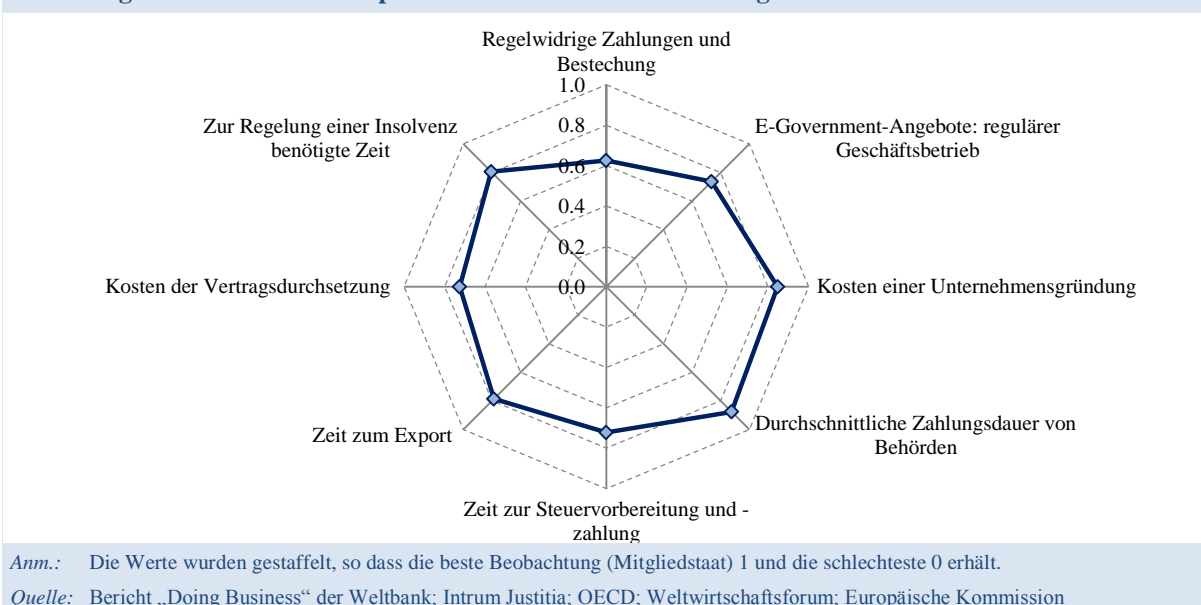
⁽¹²⁾ Zur weiteren Analyse siehe Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen „Bewertung des nationalen Reformprogramms und des Stabilitätsprogramms 2014 von Österreich“.

angebotenen Anwendungen sind für die registrierten Nutzer über ein einziges Portal (Single-Sign-On) zugänglich. Weitere Anwendungen, wie die Verwaltung der Sozialversicherungsansprüche, sollen 2014 hinzukommen. Neu registrierte Unternehmen haben nach Abschluss des Registrierungsverfahrens automatisch vollen Zugang zu diesen Anwendungen. Die obligatorische Einführung der „E-Rechnung“ für Vertragspartner der Bundesverwaltungen im Januar 2014 ist eine ergänzende Maßnahme. Sie soll nach ihrem erfolgreichen Start Einsparungen von rund 4,6 Mio. EUR für die Behörden bzw. 14 Mio. EUR für die Wirtschaft bringen.

Ein weiteres Großprojekt in Zusammenhang mit der verwaltungstechnischen Modernisierung ist die noch laufende Umstellung von derzeit 14 Handelsregistern auf drei Regierungsebenen auf ein zentrales System, das auf zentralisierten Informationen basiert. Es dient zur Rationalisierung der Verfahren zur Registrierung von Handelstätigkeiten und zum Datenaustausch zwischen den öffentlichen Verwaltungen. Auch das E-Government-Angebot wird dadurch verbessert. Die Einführung des Systems soll 2015 abgeschlossen sein.

Im Jahr 2013 wurde ein IT-basiertes Folgenabschätzungssystem eingeführt. Es besteht aus einer Vielzahl von Modulen für die unterschiedlichen Auswirkungen (auf Budget, Verwaltungslasten, KMU, Gleichstellung der Geschlechter usw.). Diese werden je nach Inhalt der spezifischen Initiative und dem erwarteten Überschreiten vorab festgelegter Schwellenwerte analysiert. Das System hat eine bedeutende Schwachstelle: Es sieht keine Analyse von Optionen vor, die eine Alternative zum Basisszenario und dem in Aussicht genommenen Vorschlag darstellen. Es wird noch evaluiert werden müssen, ob das Filtern anhand von Schwellenwerten und der auf geschlossenen Fragebogen basierende Analyseansatz zu insgesamt gründlichen und relevanten Folgenabschätzungen führen.

Abbildung 3.20.2: Gesamtprofil der öffentlichen Verwaltung - Österreich



Unternehmensumfeld

Österreich hat das bereits günstige Unternehmensumfeld – insbesondere für KMU – weiter verbessert. 2013 wurden weitere Fortschritte in mehreren Hauptbereichen des „Small Business Act“ wie unternehmerische Initiative, KMU-freundliche Verwaltung, staatliche Beihilfen und öffentliches Auftragswesen sowie Qualifikation und Innovation erzielt. Daher zählt Österreichs KMU-Sektor nach wie vor zur Spitzengruppe der EU und wächst weiter.

Im Spektrum der Maßnahmen in den genannten Bereichen ist besonders erwähnenswert, dass die Bundesbeschaffungsgesellschaft ihre internen Handbücher 2013 überarbeitet hat und Lehrgänge für KMU-freundlichere Vergabeverfahren anbietet. Ein wichtiger Bestandteil der entsprechenden „KMU-Strategie“ ist die Aufteilung von Ausschreibungen in Lose.⁽¹³⁾

Darüber hinaus ergriff Österreich 2013 Maßnahmen, um die Gründungsbedingungen für Unternehmen durch eine Reform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu verbessern. Das erforderliche Gründungskapital wurde mit der Reform ebenso gesenkt wie die Anwalts- und Notariatskosten. Auch die Veröffentlichungspflicht in Papierform wurde abgeschafft. Die Reform hat zu mehr GmbH-

Gründungen geführt, aber auch negative Auswirkungen nach sich gezogen: Bereits eingetragene Unternehmen änderten ihre Rechtsform lediglich zu dem Zweck, ihr Eigenkapital und damit ihre Steuerschuld zu reduzieren. Eine Änderung, mit der diesen unerwünschten Auswirkungen begegnet werden sollte, trat im März 2014 in Kraft. Die für diese Rechtsform günstigeren Gründungsbedingungen (einschließlich eines verringerten Mindestsatzes für die Körperschaftsteuer) bleiben davon für die ersten zehn Geschäftsjahre unberührt.

3.20.7 Fazit

Insgesamt ist die Wirtschaft Österreichs stark und wettbewerbsfähig und wird von einem dynamischen verarbeitenden Gewerbe mitgetragen. Die tragenden Säulen dafür sind die hohe Arbeitsproduktivität und ein hoher Exportanteil, die entscheidend zur Gesamtwertschöpfung und Beschäftigung beitragen. Das bereits günstige Unternehmensumfeld und die effiziente öffentliche Verwaltung werden weiter modernisiert. Kurzfristig gibt es keine offensichtlichen Engpässe, die diese Leistungsfähigkeit in Frage stellen könnten.

Jedoch gibt es in einigen Bereichen strukturelle Schwächen, die das Potenzial Österreichs, eine hochtechnologisierte Wirtschaft mit hoher Wertschöpfung zu werden, auf lange Sicht beeinträchtigen könnten. Der Aufholprozess, mit dem

⁽¹³⁾ Zur weiteren Analyse der Effizienz der Nutzbarmachung des öffentlichen Beschaffungswesens siehe Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen „Bewertung des nationalen Reformprogramms und des Stabilitätsprogramms 2014 von Österreich“.

man zu anderen „Innovationsführern“ aufschließen will, hat sich trotz anhaltender Bemühungen zur Umsetzung der Forschungs- und Innovationsstrategie von 2011 verlangsamt. Das Angebot an hochqualifizierten Arbeitskräften hat sich verbessert, jedoch kann noch Potenzial erschlossen werden, indem die Anzahl der Hochschulabsolventen erhöht, die Zuwanderung von Arbeitskräften verbessert und verfügbare Qualifikationen von Frauen und Migranten verstärkt genutzt werden. Dies würde der Wirtschaft dabei helfen, auf der Innovations- und der Wertschöpfungsleiter weiter aufzusteigen. Eine ehrgeizige Energie- und Klimapolitik bringt Herausforderungen für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen, mit sich.

Die beschränkte Verfügbarkeit von nicht bankbasierter Finanzierung und Zweifel hinsichtlich des Potenzials der Banken, mehr Darlehen insbesondere an KMU zu vergeben könnten dazu führen, dass diese ihr Wachstumspotenzial nicht ganz ausschöpfen und nicht in vollem Umfang zu einer stärkeren Erholung der Wirtschaft beitragen können.